

In unserem Land entsteht eine machtvolle Massenbewegung, die weit über den Rahmen der Arbeiterklasse hinausgeht und in der alle Kreise der Bevölkerung vertreten sind. Sie fordert von der Wilson-Regierung, die amerikanische Aggression und die willkürlichen Bombenangriffe auf Nordvietnam zu verurteilen. Diese Bewegung hegt größte Hochachtung für die große materielle Hilfe, die Ihr Land zusammen mit anderen sozialistischen Ländern dem vietnamesischen Volk, den Opfern der amerikanischen Aggression bietet.

Gleichermaßen erkennt sie aber auch, daß durch die tragische Spaltung in unseren Reihen diese Hilfe abgeschwächt und der USA-Imperialismus und seine Aggression ermutigt wird. Was wir benötigen, sind eine koordinierte Aktion, die alle sozialistischen Staaten einbezieht, sowie gemeinsame Beweise internationaler Solidarität mit dem vietnamesischen Volk seitens der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Eine solche Einheit wäre der größte Schlag gegen die amerikanische Aggression. Wer die Herbeiführung einer solchen Einheit objektiv behindert, spielt direkt in die Hände der Aggressoren. (Beifall.)

Die reaktionäre Politik der Wilson-Regierung beschränkt sich nicht nur auf internationale Angelegenheiten. In den inneren Angelegenheiten ist sie hauptsächlich daran interessiert, den führenden Monopolkreisen in ihrem Kampf gegen die organisierte Arbeiterklasse zu Hilfe zu eilen, wobei es sogar zu nie dagewesenen Maßnahmen des Staatsapparates zur Entmachtung der Gewerkschaften kam. Sie hat eine Gesetzgebung eingeführt, in der Streiks für illegal erklärt werden — und das im Geburtsland der Gewerkschaften!

Sie beabsichtigt, das Tarifsysteem freier Verhandlungen mit den Unternehmern durch das faschistische Korporationskonzept staatlich festgelegter Löhne und Arbeitsbedingungen, wie es im faschistischen Italien angewandt wurde, zu ersetzen und die freien, souveränen Gewerkschaften zu untergraben.

Um die herrschenden Kreise zu befriedigen und den Unmut der Bevölkerung über die Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik, wie Massenarbeitslosigkeit, Senkung der Reallöhne, künstliche Einschränkung der Wirtschaft, abzulenken, beabsichtigt unsere Regierung heute, der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ beizutreten. Dies ist eine Gemeinschaft von Staaten, deren Ziel es ist, die Spaltung Europas zu verewigen, die Entwicklung eines supranationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verstärken und zu erleichtern, die Bürokratisierung des Staates zu beschleunigen.